

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 13 (1933-1934)
Heft: 7

Artikel: Zur augenblicklichen politischen Lage im Elsass
Autor: Schall, Paul
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-157712>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

auszusagen, wie weit diese Führerschicht schon da ist oder noch nicht existiert, wir können hier nur aussprechen: sie ist notwendig, und an ihr entscheidet sich das endgültige Schicksal der nationalen Revolution vor der Geschichte.

Die Zusammenfassung

ergibt folgenden Gesamteindruck: Die neue Regierung hat mit Erfolg die Einheit des Reiches hergestellt, den innenpolitischen Kampf beseitigt, Vertrauen geschaffen und die seelische Energiebilanz des Volkes verbessert. Vorwürfe über Imperialismus und Militarismus sind ungerechtfertigt und beruhen auf oberflächlicher Interpretation von Grenzzwischenfällen der soldatischen Veranlagung der Deutschen.

Die beiden größten Probleme: Beseitigung der Wirtschaftsnot und Erziehung eines Führerkorps sind noch ungelöst. Aber beide sind Aufgaben der Zeit, die unmöglich im ersten Halbjahr einer neuen Regierungsperiode zu erfüllen sind. Mit der Herstellung des Vertrauens und der Stabilität und mit der Besserung des Inlandmarktes sind immerhin bereits die wichtigsten Voraussetzungen geschaffen worden, um die großen Wirtschaftsfragen überhaupt planmäßig in Angriff nehmen zu können.

Die Zerschlagung der Parteien, die innere Einheit des Volkes ist eine notwendige Voraussetzung, die nun erfüllt ist, um eine einheitliche Erziehung des Volkes durchzusetzen und in der soldatischen Arbeitsdisziplin die Massenideale zu zerschlagen.

(Abgeschlossen Ende September 1933.)

Zur augenblicklichen politischen Lage im Elsaß.

Von Paul Schall, Straßburg.

Drei Dinge charakterisieren die derzeitige politische Lage im Elsaß: die Verfügung des Unterstaatssekretärs Guh-la-Chambre, der Bauarbeiterstreik und der Einfluß der Emigranten.

Der von Unterstaatssekretär Guh-la-Chambre, dem „Minister für Elsaß-Lothringen“ unterzeichnete Erlaß ist eine direkte Fortsetzung der Assimilierungspolitik, die bezweckt, das Volkstum der Elsässer und Deutschlothringer zu vernichten und in den „wiedergewonnenen Provinzen“ das Prinzip der „République une et indivisible“ einzuführen.

Nachdem die Assimilationspolitik in ihrer ersten, rücksichtslosen Form Schiffbruch erlitten hatte — was die Pariser Regierung beim Colmarer Prozeß einsah —, wurde eine Umstellung vorgenommen. Die

Regierung gab beruhigende Versicherungen; sie verzichtete auf das verletzende Wort „Assimilation“ und sprach fortan von „gegenseitiger Anpassung“. Doch auf die Sache selbst verzichtete sie nicht, sie suchte jetzt das Ziel in diskreterer Weise zu erreichen. Es begann die Assimilation auf Schleichwegen.

Wirtschaftlich gelang sie ohne große Schwierigkeiten, da hier die rohen Machtverhältnisse den Ausschlag gaben. Die elsässische Öffentlichkeit wurde sich der Tatsache erst bewußt, als das gesamte einheimische Bankwesen, zum großen Nachteil der einheimischen Industrie, von der französischen Großfinanz aufgesogen war. Dazu schärfte die Wirtschaftskrise die Augen auch für diese Seite des Problems, denn sie lastet auf Elsaß-Lothringen erheblich schwerer als auf Innerfrankreich. Von dort wird nämlich der Krisendruck zu einem beträchtlichen Teil auf die elsäß-lothringische Wirtschaft abgewälzt. So haben beispielsweise die jetzt der französischen Schwerindustrie gehörigen Lothringer Hüttenwerke ihre Produktion zugunsten der Werke jenseits der alten Grenze einschränken müssen. Und die große Lingolsheimer Lederfabrik Adler-Doppenheimer, jetzt Tanneries de France, die seit Jahren im Interesse der innerfranzösischen Lederindustrie niedergehalten wurde, steht jetzt in Liquidation.

Schwerer wurde die Assimilierungsarbeit dem Staat in sprachlich-kultureller Beziehung, denn über alle parteipolitischen Meinungen hinweg hält das elsässische Volk (zu dem hier auch die Deutschlothringer gerechnet werden müssen) an der Muttersprache fest. In der Schule hat der Staat Konzessionen gemacht, die indessen ungenügend sind, weil die Muttersprache noch lange nicht den Platz einnimmt, den sie zu beanspruchen hat. In der Schulfrage ist das letzte Wort noch lange nicht gesprochen. Zur Zeit geht der Hauptkampf aber um das deutsche Theater, namentlich in Straßburg, wo er verbunden ist mit einem Kampf der Pariser Regierungsstellen gegen die heimattreue Stadtverwaltung. Ohne zur vollständigen Parität zwischen französischen und deutschen Vorstellungen zu kommen, war von der jetzigen Straßburger Stadtverwaltung vor vier Jahren die Zahl der deutschen Vorstellungen vermehrt worden. Die Regierung faßte dies, trotz ihrer gelegentlichen Bekennnisse zur Zweisprachigkeit, als Kriegserklärung auf und strich dem Stadttheater die ohnehin spärliche Subvention. Wie um die Strafe recht anschaulich zu machen, gab man der Stadt Mülhausen, deren Verwaltung den Pariser Wünschen immer entgegenkommt, zur Stützung ihres Theaters die schöne Summe von 800,000 Franken. Straßburg ließ sich jedoch nicht irremachen und nahm den, durch Wegfall der Subvention entstandenen Verlust, der übrigens durch starken Besuch der deutschen Vorstellungen ausgeglichen wurde, auf sich. So wurde die Regierung offen ins Unrecht versetzt; irgendwelche Mittel, um auf die Gestaltung des Straßburger Stadttheaters einzuwirken, hatte sie nicht mehr.

Durch den Umschwung in Deutschland und dessen Rückwirkungen trat aber eine Wendung ein. Unter dem Motto „Wir wollen kein Hitlertheater“, wurden, mit offensichtlicher Zustimmung der Staatsbehörden, Aufführungen reichsdeutscher Truppen (Freiburg) sabotiert und unmöglich gemacht. Der Assimilationspolitik eröffnete sich in der Theaterfrage eine neue Chance: Als Ersatz für die ausfallenden reichsdeutschen Truppen wären normalerweise Schweizer in Betracht gekommen. Die wollte man aber nicht; wozu hatte man die deutschen Emigranten, unter denen Schauspieler waren, die sich in Paris zu einem Theatre des Emigrants zusammenschlossen und der Regierung vollständig zur Verfügung standen? Deutsche Emigranten sollten das deutsche Theater im Elsaß übernehmen, um es zu erledigen! Diesen Plan hielt man für derart sicher, daß man ihn kaum geheim hielt; die zum Einspringen bestimmten Emigrantenschauspieler sagten offen, daß ihr Theater eine Demonstration gegen das neue Deutschland sein werde.

Ein politisches Tendenztheater ist jedoch im Elsaß unmöglich. Nach einem kurzen Anfangserfolg, der bestenfalls zu erhoffen wäre, würde das Publikum davonlaufen. Das wäre dann der erwünschte Augenblick, um zu sagen, nun hätten ja die Tatsachen gezeigt, daß ein Bedürfnis nach deutschem Theater nicht mehr bestehe und daß man auf ein solches in Zukunft verzichten könne.

Auch dieser Anschlag ist indessen nicht gelungen. Die Stadt Straßburg hat sich trotz schärfsten Drucks, an dem sich hauptsächlich die sozialdemokratische Presse beteiligte, kein Emigrantentheater aufdrängen lassen. Sie wird jedoch geflüchtete deutsche Schauspieler, die künstlerisch ernst zu nehmen sind, ihrem nunmehr im Entstehen befindlichen eigenen deutschen Ensemble eingliedern.

* * *

Außer der Verdrängung der deutschen Sprache hat die Assimilationspolitik noch ein anderes Hauptziel: die Einführung der französischen Laiengesetze. Ein erster, 1924 stürmisch unternommener Versuch, ist bekanntlich gescheitert. Seither blieb offiziell in dieser Hinsicht alles beim Alten. Maßgebend war eine von Poincaré geprägte Formel, daß nur dann eine Änderung der bisher bestehenden Kirchen- und Schulgesetze eintreten soll, wenn eine Mehrheit in Elsaß-Lothringen es wünscht. Den seit den letzten Kammerwahlen in Paris wieder zur Herrschaft gekommenen Linksparteien ist diese Formel unbequem geworden. Und ihre Anhänger im Elsaß, die Radikalen und die Sozialisten, glauben, unter dem neuen Kurs den „befreiten Provinzen“ die Segnungen der „echten französischen Demokratie“ schuldig zu sein. Sie unternahmen neue Vor-

stöße gegen das hier noch bestehende napoleonische Konkordat, gegenüber früheren Jahren sind sie aber viel vorsichtiger geworden. Die Frage soll nicht mehr auf einen Schlag gelöst werden, man will jetzt das Gebäude des Konkordats langsam, Stein für Stein abtragen.

Offizieller Auftakt dieser neuen Politik war die eingangs erwähnte neue Verfügung des Ministers Guy-la-Chambre, die bezeichnenderweise durch eine triumphierende Note der ganz freimaurerisch eingestellten Liga für Menschenrechte bekannt geworden ist. An sich sieht die Sache harmlos aus: wer seine Kinder nicht mehr zum Religionsunterricht schicken will, braucht nur noch eine einfache Formalität zu erfüllen. Dazu spricht die regierungstreue Presse von Toleranz, die durch die neue Verfügung endlich gewahrt werde. Auf der anderen Seite wurde die Frage gestellt, ob nun auch jenseits der Vogesen ein Familienvater, der Religionsunterricht für sein Kind wünscht, nur eine einfache Formalität zu erfüllen habe. Darauf Schweigen ringsum! Es geht eben nicht um Toleranz, sondern um die Einführung von Gesetzen, die der vererbliche materialistische Geist des 19. Jahrhunderts, von dem man sich jetzt überall losjagt, geschaffen hat. Deshalb stehen in der Abwehrfront gegen die Laiengesetze auch solche Elsässer, die alles andere als klerikal sind!

Die Frage der Kirchen- und Schulgesetze im Elsaß ist nur zu begreifen im Zusammenhang mit der staatlichen Assimilationspolitik. Die Einführung des laizistischen, lies liberal-materialistischen Geistes soll die Krönung des auf Vernichtung des elsässischen Volkstums ausgehenden Assimilationswerkes sein!

Betroffen wurde von der Maßnahme vor allem die katholische Volkspartei (U.P.R.). Es bildete sich auf ihre Veranlassung ein Komitee der religiösen Verteidigung, dem auch Vertreter der „Upna“ angehören. Bekanntlich ist die Upna (Action populaire nationale alsacienne) die andere, auf Betreiben der Regierung zu Spaltungszwecken gegründete katholische Partei. Sie ist durch den neuen Angriff auf die Kirchen- und Schulgesetze in eine heikle Lage gekommen. Der Bischof von Straßburg, der politisch der Upna nahesteht, hat sich zu der neu aufgerollten Frage noch nicht geäußert, was allgemein Erstaunen hervorruft, da er 1924 sofort auf dem Plane war und sogar die Führung der Abwehr übernommen hatte. Jedenfalls ist der Wille zum Widerstand nicht mehr der alte: In dieser Hinsicht hat die sonst sehr erfolglose Upna doch ihre Wirkungen gehabt.

Im weiteren Verlauf des Kampfes wird nun wohl auch die endgültige Auseinandersetzung zwischen den beiden katholischen Parteien kommen. Denn die Upna wird Farbe bekennen müssen, sie wird erklären, ob sie

für oder gegen die Regierung steht. Und das wird in jedem Falle ihr Ende sein.

Dem ersten Schritt, der durch die Verfügung des Unterstaatssekretärs gemacht wurde, werden weitere folgen. Die nächste Maßnahme soll die Befreiung der Lehrer von der Pflicht, Religionsunterricht zu erteilen, sein. Dann wird man Simultanschulen mit fakultativem Religionsunterricht schaffen, die Schritt für Schritt die Konfessionsschule verdrängen und selbst wieder den Übergang bilden sollen zur religionslosen Laienschule. Dem traditionellen, christlichen Elsaß stehen also neue Kämpfe bevor, und es hat den Anschein, als könnten diese nicht mehr vom rein kirchlich-orientierten Parteistandpunkt aus durchgeföhrt werden. Ohne ein Zurückgreifen auf die Kräfte des elsässischen Volkstums, das seinerseits eine entschiedene volkspolitische Auffassung des Kampfes bedingt, wird dem nivellierenden materialistischen Geist kein Gehalt geboten werden können.

* * *

Als weitere charakteristische Ereignisse nannten wir den Bauarbeiterstreik von Straßburg, der nach zehn Wochen vollständig zusammengebrochen ist, und die Emigrantenfrage. Anfangs handelte es sich beim Streik nur um eine lokale Lohnbewegung, bald wurde daraus aber ein Konflikt großen Stils, der zu einer schweren Niederlage der marxistischen Parteien geführt hat. Der Streik wurde von der sozialistischen Confédération generale du travail (C.G.T.) begonnen. Sie wollte durch einen glücklichen Vorstoß entscheidendes Übergewicht und die alte Vormacht in der Arbeiterbewegung wieder erobern. Bei dem Entschluß mögen auch die Ereignisse in Deutschland mitgespielt haben. Jedenfalls spricht man hier von der Möglichkeit eines ähnlichen Umschwungs in Frankreich; deshalb mochten es die Sozialistenführer für geraten halten, ihre Stellungen rechtzeitig so stark als möglich aufzubauen.

Der sozialistischen Streikparole folgten aus Gründen der Konkurrenz die Kommunisten und die Christlichen. Der Streik griff um sich; um den Bauarbeitern zu helfen, sollte ein Generalstreik erklärt werden. Es fehlte aber die Bereitschaft dazu und man begnügte sich mit einem Solidaritätsstreik, der hauptsächlich die Straßburger städtischen Betriebe ergriff und für die Stadt höchst unangenehme Folgen hatte. Tagelang fuhr keine Straßenbahn mehr und wurde kein Mülleimer mehr geleert, keine Straße mehr gesäubert. Die „wunderschöne Stadt“ starrte von Schmutz. Der Bürgerschaft wurde zugemutet, die Straßenreinigung und die Müllabfuhr, für die sie doch ihre Steuern zahlt, selbst vorzunehmen! Konnte sie da Sympathie mit den Streikenden aufbringen, namentlich als sichtbar wurde, daß von den sozialistischen Streikführern aus mit der Stilllegung

der städtischen Betriebe ein politischer Angriff auf die Stadtverwaltung bezweckt war? Schon schwirrten Gerüchte über die bevorstehende Absetzung des Bürgermeisters Hueber durch die Luft. Dazu kam dann noch Schlimmeres: die unglaubliche Haltung der Staatsbehörden.

Während diese einerseits den Angriff der Sozialisten auf die Stadtverwaltung mit unverhohlener Freude sahen und sich den Anschein gaben, als sympathisierten sie mit den sozialistisch geführten Streikenden (sie bewilligten diesen sogar eine Geldunterstützung), schickten sie andererseits ein gewaltiges Aufgebot an Polizei und Gendarmen gegen die ruhig von ihren Streikversammlungen kommenden Arbeiter vor! Dadurch entstanden die wilden Szenen, die weit über das Land hinaus von sich reden machten. Das illustrierte Blatt des regierungstreuen Verlags der „Neuesten Nachrichten“ hielt diese Szenen in packenden Bildern fest. Als die betr. Nummer erschien, sah die Präfektur offenbar gerade ein, was sie angerichtet hatte, und man erlebte das ergötzliche Schauspiel, daß das Blatt nicht verkauft werden durfte. Die Regierung selbst schritt also gegen ihr eigenes Propagandablatt ein!

Die Stadt Straßburg war tage- und nächtelang im Belagerungszustand. Die Wirkung auf die Masse ist leicht zu erraten: Sie wurde gegen die Regierung aufgebracht, die sich zu schwach zeigte, um mit Autorität in einen Lohnkonflikt einzugreifen, auf der anderen Seite aber Polizisten und Gendarmen gegen die Arbeiter vorschickte! Die Blätter der französischen Propaganda sahen diese verheerenden Folgen, und es ist nun für die Verhältnisse im Elsaß sehr bezeichnend, wie sie die Sache wieder gut zu machen versuchten. Sie schoben nämlich die Schuld an den Unruhen den bösen Deutschen in die Schuhe. Und die politische Polizei, die mit der betr. Presse zusammenarbeitet, sorgte dafür, daß rechtzeitig vier deutsche Agenten mit Waffen, Schanzzeug zum Barrikadenbau, und Hafenkreuzarmbinden dingfest gemacht wurden. Soweit hatte man das französische Vaterland wieder einmal gerettet. Als die vier Hitleragenten dann aber vor Gericht standen und sich als jüdische Handelsleute aus Stuttgart entpuppten, die das dritte Reich sicher nicht mit solchen Missionen betraut, war der Zusammenbruch auf der andern Seite ein vollständiger. Einen Augenblick lang lachte die ganze Stadt! Die Propagandapresse hatte gerade das Gegenteil von dem, was sie bezweckte, erreicht. Denn jetzt fragte sich der „Mann auf der Straße“, ob es wohl nötig sei, nach Hitlerdeutschland zu gehen, um herumgestoßen, mißhandelt, niedergeritten, ja von der Polizei angeschossen zu werden!

Infolge seiner geringen Popularität brach der Sympathiestreik rasch zusammen, und die Bauarbeiter führten ihren Kampf allein fort.

Nach der zehnten Woche nahmen sie die Arbeit bedingungslos wieder auf. Seither greift die Erkenntnis, daß die Zeit der parteipolitisch geführten Gewerkschaften vorbei ist, mächtig um sich. Überhaupt hat das Ende dieses Streiks viel zur Förderung neuer Ideen beigetragen. Man sieht jetzt, daß die Klassenkampfsparole zu Ende ist und ist bereit, eine neue Arbeitsauffassung anzunehmen, die Unternehmer wie Arbeiter gleichermaßen an die Volkswirtschaft bindet. Noch ist alles ungeklärt, noch verwirrt das Gespenst eines blutigen Faschismus, das die Nutznießer des alten Systems aufmarschieren lassen, die Geister; unseres Erachtens ist aber ein entscheidender Schritt getan. Auch im Elsaß wird man sich den Forderungen einer neuen Zeit nicht verschließen können. Auch hier verspürt man die Unzulänglichkeit des Parlamentarismus und hält nicht mehr allzuviel von den Parteien, deren tönende Reklamationen es nicht verhindern können, daß die Volksrechte immer mehr abgebaut werden.

Die deutschen Emigranten, die hier eine günstige Plattform gefunden zu haben glauben, um sich an den jetzigen Machthabern im Reiche zu rächen, können diese Entwicklung nur fördern. Anfangs waren sie den Behörden willkommen, die es ja gerne sehen mußten, wenn Deutsche hier Propaganda gegen Deutschland betrieben. Als die Emigranten aber der Industrie, den Arbeitern und Angestellten des Landes Konkurrenz zu machen begannen, wandte sich das Blatt. Es kam zu scharfen Protesten, die stellenweise (so in Metz) antisemitischen Charakter annahmen. Und heute schwinden die Sympathien für die sogenannten Opfer der Hitlerregierung ganz erheblich. Sie haben es zum großen Teile selbst verschuldet; hätten sie etwas mehr Takt aufgebracht, wäre ihnen nicht die Frage gestellt worden, warum sie ihre Stimmkraft nicht jenseits des Rheins anwandten, als es darum ging, seinen Mann zu stellen und seine Anhänger zu verteidigen!

In der offiziellen Presse und einzelnen linksstehenden Parteiblättern spielen die Emigranten allerdings immer noch eine gewisse Rolle. Sie arbeiten hier mit den berufsmäßigen chauvinistischen Hezern zusammen, um eine Art R i e g s f i m m u n g gegen Deutschland (von der die französische Rüstungsindustrie den größten Profit hat) zu schaffen. Dazu gehört auch die Heze gegen die wenigen, unabhängigen Blätter, die das neue Deutschland ohne Voreingenommenheit zu betrachten versuchen. Sie werden als H i t l e r o r g a n e hingestellt und überhaupt in einer hezerischen und gemeinen Weise angegriffen, die wohl in den meisten anderen Ländern unmöglich wäre. Man darf diese Presse, die die öffentliche Meinung „macht“, hier noch weniger als anderswo mit dem Volk verwechseln. Wir sagen dies, weil gerade die Besucher aus der Schweiz oft auf den Bluff hereinfliegen. Das Volk denkt anders als die offizielle Presse. Es kennt keinen Nationalhaß und sieht die gewaltigen Festungswerke, die ihrer Vollendung entgegengehen, nicht mit den zufriedenen Augen des Ministerpräsidenten

Daladier an. Denn was bedeuten diese Werke anders als daß unser Land wieder militärisches Glacis sein soll, während es glaubt, der Welt Besseres bieten zu können als Festungen.

Die Organisation von Landesunternehmungen und Großbetrieben.

Ein Beitrag zur Neugestaltung der Schweizerischen Elektrizitätswirtschaft und zur Reorganisation der Bundesbetriebe, beispielsweise der Schweizerischen Bundesbahnen.

Von Max Leo Keller.

I. Vorbemerkung.

„Als zum Beispiel das katastrophale Defizit der Schweizerischen Bundesbahnen bekannt wurde, hat man die Erklärungen der Generaldirektion und des Bundesrates mit Ergebenheit angehört; aber niemand hat gefragt, wer denn verantwortlich sei für diesen Zusammenbruch“. Diese Feststellung *) unseres hochangesehenen Staatsrechtlers, Prof. Burckhardt, beleuchtet schlaglichtartig die Bedenklichkeit unserer gegenwärtigen politisch-wirtschaftlichen Situation. Jedermann, der den angeführten Satz überdenkt, wird zur Überzeugung kommen, daß in unserer Staatsführung irgendetwas nicht in Ordnung sein kann. Es stimmt irgendwo etwas nicht; sei es nun bei den leitenden Personen, in der Wirtschaftsordnung oder an der betrieblichen Organisation. Man wird bei näherer Überlegung folgendes feststellen:

1. eine Großunternehmung, nämlich die Schweizerischen Bundesbahnen, die eine ganz bestimmte volkswirtschaftliche Aufgabe mit einem im Grunde genommen eindeutigen Ziel zu erfüllen hat, steht plötzlich vor einem katastrophalen Defizit.

2. Die mit der Aufgabe betrauten Organe stellen diese Tatsache fest. Sie können aber keine Maßnahme nennen, mit welcher sie versucht hätten oder in der Lage gewesen wären, die Katastrophe abzuwenden.

3. Niemand will die Verantwortung für diesen Zusammenbruch tragen und man scheint auch niemanden dafür verantwortlich machen zu können.

Die Verantwortlichkeit der Funktionäre in Staat und Wirtschaft für eine zweckmäßige Erfüllung ihrer Aufgabe ist im modernen Staatsleben ein allgemein anerkannter Rechtsgrundsatz. Schon unsere Bundesverfassung von 1848 hat in Art. 110, dem jetzigen Art. 117, ausdrücklich die Verant-

*) W. Burckhardt, Schweizer Monatshefte, April 1933, Seite 18.